

# **selbsthilfegruppenjahrbuch 2003**

**Deutsche Arbeitsgemeinschaft  
Selbsthilfegruppen**

## **selbsthilfegruppenjahrbuch 2003**

### *Herausgeber:*

Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.  
Friedrichstr. 28, 35392 Gießen

### *Redaktion:*

Anita Jakobowski, Koordination für Selbsthilfe-Kontaktstellen in  
Nordrhein-Westfalen der DAG SHG e.V. (KOSKON),  
Friedhofstr. 39, 41236 Mönchengladbach, Tel.: 02166/248567  
Jürgen Matzat, Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen der DAG SHG e.V.,  
Friedrichstr. 33, 35392 Gießen, Tel.: 0641/99-45612  
Wolfgang Thiel, Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung  
und Unterstützung von Selbsthilfegruppen der DAG SHG e.V. (NAKOS),  
Wilmsdorfer Straße 39, 10627 Berlin, Tel.: 030/31018960

### *Umschlag:*

Lutz Köbele-Lipp, Kubik, Berlin

### *Satz und Layout:*

Focus Verlag GmbH, Gießen

### *Druck:*

Druckkollektiv, Gießen

ISSN 1616-0665

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion wieder. Nachdruck einzelner Artikel nur mit ausdrücklicher  
Genehmigung der Redaktion und der Autoren.

Herstellung und Versand dieser Ausgabe des »selbsthilfegruppenjahrbuchs«  
wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend, von der »GlücksSpirale« und von folgenden Krankenkassen:

Deutsche Angestellten Krankenkasse – DAK, BARMER Ersatzkasse,  
Gmünder Ersatzkasse – GEK, Kaufmännische Krankenkasse – KKH,  
Hamburg-Münchener Krankenkasse, Hanseatische Krankenkasse – HEK,  
Krankenkasse für Bau- und Holzberufe – HZK, BRÜHLER – Die Ersatzkasse,  
Buchdrucker-Krankenkasse, KEH-Ersatzkasse, Techniker Krankenkasse.

Wir bedanken uns ganz herzlich!

*Zur Unterstützung unserer Vereinsarbeit bitten wir Sie herzlich um eine  
Spende (steuerlich abzugsfähig) auf unser Konto Nr. 6.3030.05 bei der  
Volksbank Gießen (BLZ 513.900.00).*

## **Kosten und Nutzen der öffentlichen Selbsthilfeförderung – ein ökonomischer Bewertungsversuch**

Mitunter wird versucht, den Nutzen der Selbsthilfe in Zahlen zu fassen. Dies wird von vielen kritisch gesehen. Andererseits kann man die steigende Bedeutung der Selbsthilfe viel stärker sichtbar machen, wenn man sie mit Zahlen unterstreicht. Nun handelt es sich aber bei Selbsthilfe um ein soziales Phänomen, daß sich kaum in Zahlen erfassen läßt: Die Zahl der Selbsthilfegruppen in Deutschland ist nicht genau ermittelbar, und die Zahl aller Mitglieder kann allenfalls geschätzt werden. Wie groß das bürgerschaftliche Engagement – gemessen am zeitlichen Aufwand – ist, läßt sich dann allenfalls noch vermuten. Auch der Wunsch nach öffentlicher Förderung der Selbsthilfe läßt sich mit Zahlen, die deren Wirkung belegen, mehr Nachdruck verleihen. Daß die Verwendung öffentlicher Zuwendungen kontrolliert und die Wirkung der öffentlichen Förderung zu ermitteln versucht wird, erscheint legitim – immerhin haben alle Steuerzahler ein Interesse an einem effizienten Einsatz der Steuergelder, wobei hier mit 'effizient' gemeint ist, daß die Gelder im Interesse der Bürger/innen und nur in dem Umfang wie nötig ausgegeben werden. Doch ist die Ermittlung der Wirkungen öffentlicher Selbsthilfeförderung ebenfalls mit großen Schwierigkeiten verbunden. In diesem Beitrag soll ein Versuch vorgestellt werden, den Nutzen der öffentlichen, infrastrukturellen Selbsthilfeförderung in Geldeinheiten zu erfassen. Die verwendete Methode, die auf Annahmen der ökonomischen Theorie basiert, wird momentan häufig benutzt, überwiegend aber für die Beurteilung von Umweltprojekten. Da die zugrundeliegenden Erhebungen sehr aufwendig sind, wurde die Untersuchung auf eine Stadt – Göttingen (Niedersachsen) – beschränkt<sup>1</sup>.

### **Die Vorgehensweise bei Kosten-Nutzen-Analysen**

Selbsthilfe wird in Politik und Wissenschaft als sehr wichtig angesehen. Damit sich Selbsthilfe weiterentwickeln kann, braucht sie eine funktionierende, sie unterstützende Infrastruktur. Diese kann aber – so wird häufig argumentiert – ohne staatliche Unterstützung nicht aufrechterhalten oder weiter ausgebaut werden.

In den letzten Jahren wurden verschiedene Instrumente der öffentlichen Selbsthilfeförderung entwickelt. Sie lassen sich unterscheiden in

- direkte Förderung (vor allem finanzielle Unterstützung von Selbsthilfegruppen),
- infrastrukturelle Förderung (Unterstützung der Selbsthilfekontaktstellen)
- und Schaffung selbsthilfefreundlicher Rahmenbedingungen.

Dabei liegt die öffentliche Selbsthilfeförderung überwiegend im Zuständigkeitsbereich der Länder und vor allem der Kommunen, wo sie im Rahmen der freiwilligen Leistungen durchgeführt wird. Doch in Zeiten, in denen die öffent-

lichen Haushalte aufs äußerste strapaziert sind, ist die Selbsthilfeförderung in einigen Bundesländern und Kommunen von Kürzungen oder Streichungen bedroht. Daher erscheint es sinnvoll, eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen, also den Kosten der öffentlichen Selbsthilfeförderung den daraus erwachsenden Nutzen gegenüberzustellen. Damit wird untersucht, ob die öffentliche Förderung aus ökonomischer Sicht gerechtfertigt ist. Dies kann einen Beitrag zu der Frage leisten, ob an der Selbsthilfe-Unterstützung festgehalten werden sollte oder ob sie entbehrlich ist.

Eine solche Kosten-Nutzen-Analyse kann ganz unterschiedlich ausgestaltet sein. Eine Untersuchung, die 1992 in München durchgeführt wurde, kam zu dem Ergebnis, daß 100 DM öffentlicher Förderung der Selbsthilfe eine Wertschöpfung in Höhe von 331 DM nach sich ziehen (vgl. Engelhardt / Simeth / Stark et al. 1995). Eine Studie zu den Entlastungswirkungen der Familien-selbsthilfe bei Kinderbetreuung ergab, daß ein Zuschuß von 100 DM durch die unbezahlte Elternarbeit einen »Mehrwert« von 31 DM erzeugt. Wird zusätzlich der durch die Eigenarbeit erzielte Kompetenzgewinn als Weiterbildung angerechnet, beläuft sich der »Mehrwert« sogar auf 57 DM (vgl. Kaufmann 1998). Der ursprüngliche Gedanke der ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse ist aber ein anderer als die Bestimmung eines Mehrwertes oder von Einsparungen. Er basiert auf der Überlegung, daß »staatliches« Handeln der Erhöhung der »gesellschaftlichen Wohlfahrt« dienen soll. Mit öffentlichen Maßnahmen wird also das Ziel verfolgt, die Wohlfahrt zu steigern beziehungsweise die Bedürfnisse der Bürger/innen besser zu befriedigen. Dabei wird unterstellt, daß nur die Bürger/innen einschätzen können, ob die Wirkungen einer Maßnahme für sie vorteilhaft sind oder nicht (»Konsumentensouveränität«). Also sind bei jeder Bürgerin / jedem Bürger Kosten und Nutzen der öffentlichen Maßnahme zu ermitteln. Alle sind dabei gleichberechtigt. Daß eine staatliche Stelle bestimmte Bürger/innen bevormundet – nach dem Motto »die Bürger brauchen dieses und jenes« – ist ausgeschlossen; jede/r urteilt für sich selbst. Anschließend werden die erfragten Kosten und Nutzen für alle Bürger/innen zusammengerechnet. Gesamtkosten und Gesamtnutzen werden dann einander gegenübergestellt; übersteigt der Gesamtnutzen die Gesamtkosten (»positiver Nettonutzen«), sollte das Projekt aus ökonomischer Sicht durchgeführt, im anderen Falle aber unterlassen werden.

Die praktische Umsetzung dieser einfachen grundlegenden Überlegungen ist allerdings sehr schwierig. Wie sollen Kosten und Nutzen abgegrenzt und gemessen werden? Um Kosten und Nutzen einander gegenüberstellen oder gar verrechnen zu können, ist vor allem eine Bewertung in einer gemeinsamen Maßeinheit notwendig. Dafür verwendet man normalerweise Geldeinheiten, also DM oder Euro, weil die Ergebnisse dann am aussagefähigsten sind.

Der Einfachheit halber werden für die Kosten häufig die der öffentlichen Hand entstehenden Ausgaben eingesetzt. Es handelt sich ja um Ausgaben, die letztlich die Bürger/innen zahlen müssen, denen damit Kosten entstehen. Im Falle der Selbsthilfeförderung ist diese Vorgehensweise besonders einleuchtend, weil sich wohl – anders als bei Verkehrsprojekten – kein/e Bürger/in durch diese öffentliche Unterstützung geschädigt sehen dürfte.

Viel schwieriger ist allerdings die Messung des Nutzens. Hier werden verschiedene Verfahren diskutiert. Eine Möglichkeit ist, die Bürger/innen nach ihrem Nutzen zu befragen. Da der Nutzen in Geldeinheiten angegeben werden muß, versucht man in Erfahrung zu bringen, welchen Preis die Bürger/innen für die Maßnahme zu zahlen gewillt sind. Hintergrund dieser Vorgehensweise ist die Annahme der ökonomischen Theorie, daß der Preis, den jemand für ein Gut zu zahlen bereit ist, den »Mindestnutzen«, den er daraus zieht, abbildet. (Wer also beispielsweise für ein Auto 20.000 € zahlt, erwartet, daß er Nutzen in Höhe von mindestens 20.000 € daraus zieht.) Im Falle der öffentlichen Maßnahmen spricht man aber nicht vom Preis, sondern von der »Zahlungsbereitschaft«.

## **Selbsthilfe-Engagement und Förderpraxis in Göttingen**

In Göttingen existiert eine große Zahl von Selbsthilfegruppen zu verschiedenen gesundheitlichen und sozialen Problemen. Vorsichtig geschätzt sind etwa 1.500 Bürger/innen in Selbsthilfegruppen engagiert, was 1,4 % der Bürger/innen über 18 Jahren entspricht. Viele Gruppen haben eine Anbindung an die *Kontakt- und Informationsstelle (KIBIS)*. Dort waren im Winter 2000 100 bis 120 Selbsthilfegruppen erfaßt, wobei davon ausgegangen werden muß, daß die Anzahl der in Göttingen sowie im Landkreis bestehenden Gruppen höher ist. Es gibt jedoch auch etliche Gruppen, die keine engere Anbindung an die Kontaktstelle suchen, sondern Anschluß an Selbsthilfe-Organisationen (z. B. die Rheuma-Liga) oder Institutionen der freien Wohlfahrtspflege haben.

Die öffentliche Förderung der Göttinger Selbsthilfe und ihrer Infrastruktur wird zum größten Teil durch das Land Niedersachsen übernommen. Da die infrastrukturelle Förderung als prioritär angesehen wird, erhalten die Kontaktstellen höhere Zuschüsse als in anderen Bundesländern. Die KIBIS wurde im Jahr 2000 vom Land mit 72.500 DM gefördert, das Gesundheitszentrum, das mit der Kontaktstelle kooperiert, mit weiteren 82.000 DM. Daneben finanziert das Land Niedersachsen das *Selbsthilfe-Büro Niedersachsen*, das die Kontaktstellenarbeit unterstützt, aber auch das Ministerium über die Selbsthilfe-Arbeit im Land informiert. Hierfür wurden 180.000 DM ausgegeben. Die finanzielle Unterstützung der landesweit etwa 7.000 Selbsthilfegruppen und Projekte wird dagegen in erster Linie als kommunale Aufgabe betrachtet. Daher erhalten nur wenige Selbsthilfegruppen Gelder vom Land.

Im gleichen Jahr wurde die Kontaktstelle durch die Stadt Göttingen mit 7.500 DM gefördert. Für die Förderung von Gruppen wurden unwesentlich mehr Gelder bereitgestellt<sup>2</sup> Die Mittel für die Gruppen fließen nicht wie in manchen Städten (z. B. Hamburg) in einen »Topf«, sondern werden gezielt vergeben, wobei aber nur wenige etablierte Gruppen regelmäßig berücksichtigt werden. Aufgrund der geringen Streuung der direkten Fördermittel wird die öffentliche Unterstützung der Selbsthilfegruppen im folgenden nicht berücksichtigt.

## Ermittlung der Kosten und Nutzen der infrastrukturellen Förderung

Für die Untersuchung wurden als Gesamtkosten die Ausgaben der Stadt Göttingen und des Landes Niedersachsen im Jahr 2000 eingesetzt. Jeder kann diese Ausgaben in den Haushaltsplänen nachschlagen. Zu den im letzten Abschnitt genannten Kosten müssen noch anteilige Personalkosten der im Gesundheitszentrum beschäftigten Mitarbeiter/innen gerechnet werden, die mit der Kontaktstelle eng zusammenarbeiten. Insgesamt betragen die Gesamtkosten für die infrastrukturelle Selbsthilfeförderung im Jahr 2000 etwa 121.000 DM.

Genau genommen gibt es natürlich noch weitere Effekte öffentlicher Ausgaben, die Einfluß auf die Selbsthilfe in Göttingen haben. Die Zuschüsse der Stadt an *Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege*, die teilweise ebenfalls eine infrastrukturelle Unterstützung für die Selbsthilfe anbieten, fördern sicherlich indirekt die Selbsthilfe. Dies gilt ebenfalls für das vom Land geförderte *Selbsthilfe-Büro Niedersachsen*, dessen Angebote auch der Selbsthilfe in Göttingen zugute kommen. Daneben begünstigt die öffentliche Förderung der *Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS)* in Berlin sowie der *Spitzenorganisationen der Selbsthilfe* wahrscheinlich ebenfalls die Göttinger Selbsthilfe. Allerdings ist es kaum möglich, solche Effekte genau zu erfassen und in Zahlen abzubilden. Werden sie jedoch mit berücksichtigt, so ist davon auszugehen, daß die Gesamtkosten der öffentlichen Förderung etwas über dem oben genannten Betrag liegen.

Die Erfassung des Nutzens ist noch viel schwieriger.

Im allgemeinen werden drei Gruppen von Nutzer/innen der Kontaktstellen unterschieden:

- Selbsthilfegruppenmitglieder
- interessierte Bürger/innen
- und Fachleute.

Fachleute ziehen zweifelsohne auch Vorteile aus den Angeboten der Kontaktstelle, doch nicht in ihrer Rolle als Bürger/in, sondern als Dienstleister für andere, deshalb konnten sie aus der Kosten-Nutzen-Analyse ausgeblendet werden. Die Erfassung des Nutzens mußte somit für zwei Gruppen – Bürger/innen und Selbsthilfegruppenmitglieder – durchgeführt werden.

Zwischen Juli und November 2000 wurden zwei Gruppen – einmal 160 Selbsthilfegruppenmitglieder, einmal 400 Bürger/innen – zur Nutzung und Wertschätzung der Kontaktstelle sowie zur öffentlichen Selbsthilfeförderung anhand zweier verschiedener Fragebögen befragt.

Zentral war in beiden Erhebungen die Frage nach der Zahlungsbereitschaft. Die Befragten sollten angeben, wieviel sie zur Erhaltung der KIBIS in Form einer monatlichen Spende zu zahlen bereit wären, wenn die Existenz der Kontaktstelle aufgrund einer Einsparung öffentlicher Mittel gefährdet sei, sie aber durch private Finanzierung erhalten werden könnte. Weiterhin sollten die Bürger/innen Fragen zu ihrer Einstellung zur Selbsthilfe und deren öffentlicher

Förderung, zum Nutzen der Kontaktstelle und zu den Entlastungswirkungen der Selbsthilfe beantworten. Die Selbsthilfegruppenmitglieder wurden neben der Zahlungsbereitschaft zu ihrem Engagement in der Gruppe, zur Nutzung der Angebote der Kontaktstelle und deren Beurteilung sowie ebenfalls zu den vermuteten Entlastungswirkungen befragt.

## **Befragungsergebnisse**

### **Einstellung der Bürger/innen zur Selbsthilfe und ihrer Förderung**

74,5 % der befragten Bürger/innen gaben an, sich »im Falle einer ersten chronischen Erkrankung oder einer belastenden Situation einer Selbsthilfegruppe anschließen« zu wollen<sup>3</sup>, 16 % waren unentschieden und 9,5 % sprachen sich gegen den Beitritt zu einer Selbsthilfegruppe aus. Mehrheitlich befürworteten die Bürger/innen (zu 87 %) eine direkte Förderung von Selbsthilfegruppen (»ähnlich der von Vereinen«). Auf die Frage nach der infrastrukturellen Förderung sprachen sich 21,9 % der befragten Bürger/innen für eine ausschließlich öffentliche Finanzierung einer Kontaktstelle aus, 69,7 % zogen eine Mischfinanzierung vor (wobei im Fragebogen nicht näher beschrieben wurde, wie diese ausgestaltet sein könnte). Nur 8,4 % der Untersuchungsteilnehmer/innen meinten, »die öffentlichen Haushalte sollten mit solchen Ausgaben nicht strapaziert werden«.

Insgesamt zeigten sich die befragten Bürger/innen also sehr aufgeschlossen für die Selbsthilfe und befürworteten grundsätzlich deren öffentliche Förderung.

### **Bedeutung und Nutzen der Kontaktstelle**

Problematisch war, daß die Bürger/innen zu einer Einrichtung Stellung nehmen sollten, die vielen nicht bekannt war. Die Voruntersuchung hatte gezeigt, daß etliche Bürger/innen sich eine Kontaktstelle wünschen und gar nicht wissen, daß eine solche bereits seit Jahren existiert. Daher konnten sie im Fragebogen nicht direkt zur KIBIS befragt werden, sondern mußten allmählich zu dieser Thematik hingeführt werden. Es wurde also erhoben, was die Bürger/innen von der Einrichtung einer Stelle hielten, die »Adressen von Selbsthilfegruppen sammelt, an interessierte Bürger/innen weitergibt und auch Selbsthilfegruppen bei verschiedenen Fragen unterstützt und mit Informationen versorgt«. Auch hier war das Ergebnis sehr positiv: 94 % schätzten den Aufbau einer Kontaktstelle als »wichtig« oder sogar »sehr wichtig« ein. 72 % der Untersuchungsteilnehmer/innen meinten, sie würden sich bei Bedarf an eine solche Stelle »wenden, um sich über Selbsthilfe zu informieren«, 22 % würden diese Stelle »vielleicht« aufsuchen; nur 6 % zeigten sich an einer Information bei der Kontaktstelle nicht interessiert.

Der Nutzen der KIBIS konnte nur bei Personen erhoben werden, die die Kontaktstelle kannten. Das waren 26 % der befragten Bürger/innen und etwa zwei Drittel der Selbsthilfegruppenmitglieder. Daß auch vielen Selbsthilfegruppenmitglieder die Kontaktstelle unbekannt war, erscheint überraschend, doch

handelte es sich dabei überwiegend um Personen, die in Gruppen mit einer Anbindung an große, überregionale Selbsthilfe-Organisationen mitarbeiten.

– Nutzen für Bürger/innen:

53 % der Bürger/innen schätzten den Nutzen der KIBIS für sich persönlich als »hoch« ein; 38 % hielten den Nutzen für »gering«, 9 % behaupteten, eine Einrichtung wie die KIBIS nicht zu benötigen.

– Nutzen für Selbsthilfegruppenmitglieder:

Von den Selbsthilfegruppenmitgliedern hielten 47 % den Nutzen der KIBIS für ihre Gruppe für »hoch« und gut 10 % für »gering«; 8 % vertraten die Auffassung, daß die Gruppe die Leistungen der KIBIS nicht benötige.

Ein Großteil der befragten Bürger/innen hielt demnach eine Kontaktstelle für wichtig; der Nutzen der Kontaktstelle wurde sowohl von Bürger/innen als auch von Selbsthilfegruppenmitgliedern als relativ hoch angesehen.

### **Zahlungsbereitschaft**

In der Bürger/innen-Befragung wurde die Zahlungsbereitschaft nur bei den Personen erhoben, die die Kontaktstelle kannten. Von diesen erklärten sich knapp 40 % als nicht zahlungsbereit. Die durchschnittliche Spendenbereitschaft betrug 11,82 DM pro Monat. Bei den Selbsthilfe-Engagierten lag die durchschnittliche Zahlungsbereitschaft mit 7,29 DM unter jener der Bürger/innen; auch der Anteil der Zahlungsverweigerer (fast 52 %) war höher.

Allerdings ist der Schluß, daß eine Person, die nicht zu spenden bereit ist, auch keinen Nutzen aus der Kontaktstelle zieht, etwas voreilig. Die Ergebnisse der oben beschriebenen Fragen deuten auf den großen Nutzen hin, den die Kontaktstelle stiftet. Bei vielen Untersuchungsteilnehmer/innen ist daher davon auszugehen, daß sie das in der Befragung gewählte Zahlungs*instrument* – die Zahlung einer Spende – ablehnten. So vermerkten etliche Selbsthilfegruppenmitglieder auf ihrem Fragebogen, sie arbeiteten bereits ehrenamtlich in der Selbsthilfe und wären daher nicht bereit, noch zusätzliche Zahlungen zu leisten.

### **Weitere Nutzenaspekte**

Es sind noch andere Nutzenaspekte zu berücksichtigen, zu denen sich allerdings kaum Daten erheben ließen. Die infrastrukturelle Förderung hat Multiplikator-Effekte: So werben die Mitarbeiter/innen der öffentlich geförderten Kontaktstellen Gelder aus nicht-staatlichen Quellen, z. B. für Projekte, ein und geben Gruppen Hilfestellung bei der Beantragung von Zuschüssen bei Krankenkassen. Der erstgenannte Multiplikator-Effekt kann für die KIBIS in Göttingen für das Jahr 2000 mit 15.000 DM beziffert werden; der zweite ließe sich nur durch eine Befragung aller Selbsthilfegruppen quantifizieren.

Ein anderer, sehr wichtiger Aspekt ist die Stärkung der Selbsthilfe durch die infrastrukturelle Förderung. Dieser Effekt läßt sich noch schwieriger erfassen. Die Befragungsergebnisse deuten jedoch darauf hin, daß die Kontaktstelle das Potential an bürgerschaftlichem Engagement erschließen hilft und die Selbsthilfegruppenarbeit durch ihre Angebote unterstützt: Etwa jedes fünfte

Selbsthilfegruppenmitglied hat *seine* Gruppe durch die KIBIS gefunden; von diesem Personenkreis hätten 43 % ohne das Engagement der Kontaktstelle nicht versucht, sich allein eine Gruppe zu suchen oder eine Gruppe zu gründen. Von den Angeboten der KIBIS wurde vor allem die persönliche und telefonische Beratung sowie das *Selbsthilfeforum* – ein alle acht Wochen stattfindendes Treffen, an dem »krankheitsübergreifend« Vertreter aus etwa 25 Gruppen teilnehmen – als »wichtig« angesehen.

Wenn auch das Ausmaß der Stärkung der Selbsthilfe durch die infrastrukturelle Förderung nicht bestimmbar ist, kann man wenigstens verschiedene Aspekte der Wirkungen der Selbsthilfe, die möglicherweise durch die Selbsthilfeförderung verstärkt werden, beleuchten: Zum einen werden der Selbsthilfe Entlastungseffekte für Familie und Freunde der Mitglieder nachgesagt. Außerdem wird davon ausgegangen, daß Selbsthilfe Patient/innen so stärkt und informiert, daß Ärztinnen und Ärzte wie auch andere professionelle Helfer/innen bessere Erfolge erzielen können.

Vor dem Hintergrund dieser Argumente wurde in der Untersuchung auch erfragt, wie die Mitglieder von Selbsthilfegruppen die Entlastungseffekte einschätzen. Sie zeigten sich bezüglich dieser Wirkungen allerdings etwas unsicher: 25,6 % gaben »weiß nicht« als Antwort an. Die übrigen Untersuchungsteilnehmer/innen vermuteten Entlastungswirkungen vor allem für Partner/innen und Familien (48 %), für Krankenkassen (42 %) sowie für den Staat (20 %). Selten wurden noch »Arbeitgeber«, »Ärztinnen / Ärzte« sowie »Kliniks- bzw. Pflegepersonal« angegeben. Interessanterweise gingen die *nicht* in Selbsthilfegruppen engagierten Bürger/innen von *deutlicheren* Entlastungseffekten aus.

Zum anderen wird im Selbsthilfebereich angenommen, daß eine Selbsthilfegruppe das einzelne Mitglied unterstützt und ihm Mut macht. Dies bestätigten 89 % der befragten Selbsthilfegruppenmitglieder. Lediglich 1 % der Befragten gab an, daß das nicht der Fall sei. In einer anderen Frage zeigte sich, daß es 61 % der Untersuchungsteilnehmer/innen auch nicht unangenehm ist, über ihre Gedanken und Probleme in der Gruppe zu sprechen. (35 % haben dagegen einige Schwierigkeiten, ihre Probleme mitzuteilen und für 4 % ist es sehr wohl unangenehm, ihre Gedanken und Gefühle zu äußern). Diese Ergebnisse deuten auf eine überwiegend offene Gesprächssituation in den Gruppen hin.

Eine dritte Frage ist, ob sich die Lebenssituation der / des einzelnen durch die Selbsthilfe verbessert. Mit dem weitgefaßten Begriff »Lebenssituation« sollten verschiedene Gesichtspunkte abgedeckt werden: Kann ein/e Betroffene/r durch die Arbeit in der Gruppe die Krankheit bewältigen? Schafft sie / er es, einer möglichen Isolation entgegenzuwirken und seine Beziehungen zu verbessern? Traut sie / er sich, seine Interessen zu vertreten, und lernt sie / er, die professionellen Angebote besser zu nutzen? 79 % der befragten Selbsthilfegruppenmitglieder vertraten die Auffassung, daß sich ihre Lebenssituation durch die Mitarbeit verbessert habe, knapp 10 % verneinten dies.

Weiterhin wird angenommen, daß die Mitglieder von Selbsthilfegruppen ein spezielles problembezogenes Wissen erarbeiten und sich über mögliche Hil-

fen austauschen. Fast alle Befragten (95 %) gaben an, durch die Gruppe neue Informationen zu ihrer Krankheit bzw. ihren Problemen und zu Behandlungsmöglichkeiten erhalten zu haben (68 % meinten sogar: »ja, unbedingt«, nur 4 % äußerten »nein«).

Eine weitere Frage ist, welches Ausmaß das bürgerschaftliche Engagement hat, das sich in dem zeitlichen und finanziellen Aufwand für die Selbsthilfe-Aktivitäten äußert. Die Befragung zeigte, daß im Mittel jede/r Teilnehmer/in etwa 180 Stunden pro Jahr für die Gruppenarbeit aufbringt, was 15 Stunden im Monat entspricht. Das zeitliche Engagement streut jedoch sehr. Die eingesetzten Stunden könnte man auf alle Selbsthilfemitglieder hochrechnen und mit einem Stundensatz bewerten. Dann erhielte man die »Wertschöpfung« der Göttinger Selbsthilfe. Darauf wird hier jedoch verzichtet, weil die Auswahl eines geeigneten Stundensatzes sehr schwierig ist. Jedes Mitglied wendet auch noch eigene finanzielle Mittel auf: im Durchschnitt knapp 250 DM an Fahrtkosten pro Jahr, um an den Gruppentreffen teilnehmen zu können (bei Autofahrer/innen wurde bei der Berechnung die Kilometerpauschale zugrundegelegt); zusätzlich entstehen etwa 47 DM pro Jahr an weiteren Kosten, zum Beispiel für eine Spende in die »Sammelbüchse«. Die Mitglieder sind also bereit, für die Teilnahme an Sitzungen einiges an Zeit und Geld zu »investieren«.

## Ergebnis

Zum Ende der Untersuchung mußten die Gesamtnutzen errechnet und den Gesamtkosten gegenübergestellt werden. Da sich nur die Zahlungsbereitschaft in Geldeinheiten angeben läßt, mußten bei der quantitativen Erfassung viele Nutzenaspekte ausgeblendet bleiben, weil sie nicht genau der Selbsthilfeförderung zurechenbar oder nicht meßbar sind. Die Zahlungsbereitschaften wurden auf die jeweiligen Grundgesamtheiten – alle Selbsthilfegruppenmitglieder und alle Bürger/innen über 18 Jahre – und auf das ganze Jahr hochgerechnet. Dies ergab für die Selbsthilfegruppenmitglieder 131.172 DM und für die nicht in der Selbsthilfe engagierten Bürger/innen 3,41 Mio. DM pro Jahr. Der Summe von knapp 3,55 Mio. DM stehen die Kosten in Höhe von 121.000 DM gegenüber. *Die öffentliche Selbsthilfeförderung bewirkt also in Göttingen nach diesen Berechnungen einen positiven Nettonutzen von über 3 Mio. DM; die hochgerechnete Zahlungsbereitschaft übersteigt die Kosten, die der öffentlichen Hand durch die Förderung entstehen, fast um das 30fache(!).* Dieser Betrag darf allerdings nicht als Entlastungseffekt für die öffentlichen Haushalte interpretiert werden, er spiegelt nur die Wertschätzung der Bürger/innen für die Selbsthilfe-Unterstützung wider.

Sicherlich wird niemand auf die Idee kommen, die Zahlungsbereitschaft als exaktes Maß für den Nutzen der Bürger/innen anzusehen. Bei der Erhebung kommt es im allgemeinen zu Verzerrungen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann (vgl. dazu Wilkens 2002); auch die Hochrechnung ist nicht unproblematisch. Die ermittelten Werte sollten daher eher als Tendenz inter-

pretiert werden, die durch die Ergebnisse der anderen Fragen unterstrichen wird.

Die Methode ist nicht unumstritten, doch muß man berücksichtigen, daß die Ökonomie zur Zeit kaum über geeignetere Verfahren zur Messung des Nutzens (im Sinne von »Wertschätzung«) derartiger Maßnahmen verfügt. Trotz der hier nur angedeuteten methodischen Schwierigkeiten werden solche Untersuchungen herangezogen, um Empfehlungen für Politik und Verwaltung auszusprechen. Im Falle der infrastrukturellen Selbsthilfeförderung in Göttingen deutet das Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse darauf hin, daß die Unterstützung durch Stadt und Land den Wünschen der Göttinger Bürger/innen entspricht. Durch den Einsatz der öffentlichen Mittel im Selbsthilfebereich läßt sich offenbar ein *erheblicher Wohlfahrtsgewinn für die Gesellschaft* erzielen. Die infrastrukturelle Förderung sollte daher aus ökonomischer Sicht aufrechterhalten werden.

### **Anmerkungen**

- 1 Das Projekt wurde ermöglicht durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft.
- 2 Das Sozialdezernat geht von einem wesentlich weiteren Selbsthilfebegriff als die sozialpolitische Literatur aus und kommt daher auf einen wesentlichen höheren Betrag.
- 3 Dieses Ergebnis deckt sich in etwa mit dem einer als repräsentativ bezeichneten Umfrage der Deutschen Angestellten-Krankenkasse unter 1.000 Bundesbürgern, die 1998 durchgeführt wurde. Nach dieser wären 76 % der Bürger bereit, im Falle einer Erkrankung einer Selbsthilfegruppe beizutreten (vgl. DAK 1998).

### **Literatur**

- Braun, Joachim / Kettler, Ulrich: Selbsthilfe 2000: Perspektiven der Selbsthilfe und ihrer infrastrukturellen Förderung. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 42. Köln 1996
- DAK Deutsche Angestellten-Krankenkasse: Hoher Stellenwert für Selbsthilfegruppen, in: DAK-Gesundheitsbarometer 2/98. Wiederabgedruckt in: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. (Hrsg.): selbsthilfegruppen nachrichten 1998. Gießen 1998, S. 53
- Engelhardt, Hans Dietrich / Simeth, Angelika / Stark, Wolfgang et al.: Was Selbsthilfe leistet ... Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertung. Freiburg i. Br. 1995
- Kaufmann, Michael: Familienselbsthilfe unter Nutzen-Kosten-Überlegungen. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Familienselbsthilfe und ihr Beitrag zur kommunalen Wertschöpfung. München 1998
- Wilkins, Ingrid: Kosten und Nutzen der indirekten Selbsthilfeförderung durch die öffentliche Hand – eine Fallstudie am Beispiel der Stadt Göttingen. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg 48, 2002, Heft Nr. 5, S. 601-619

Dr. Ingrid Wilkins hat Volkswirtschaftslehre sowie Soziologie studiert und arbeitet augenblicklich im *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit*. Der Beitrag basiert auf dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten und in Anbindung an das Institut für Sozialpolitik der Universität Göttingen durchgeführten Forschungsprojekt »Kosten und Nutzen der öffentlichen Selbsthilfeförderung – Eine Fallstudie am Beispiel der Selbsthilfeförderung der Stadt Göttingen«.